



# Presseinformation

Wiesbaden, 21. Mai 2014  
Nr. 112

**SPERRFRIST: 16.00 Uhr**

## Beitritt zum Netzwerk Gentechnikfreier Regionen bestätigt

### Deutliches Signal von Hessen nach Berlin und Brüssel

„Hessen ist offizielles Mitglied im ‚Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen‘. Dies teilte Umweltministerin Hinz heute in ihrer Rede zur Gentechnik im Hessischen Landtag mit. Dieser symbolische Akt signalisiert die deutliche Ablehnung der Hessischen Landesregierung gegenüber Gentechnik im Lebensmittelbereich. Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag hat sich das Land verpflichtet, auf landeseigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Organismen anzubauen.

„Mit dem Beitritt in das Netzwerk ermutigen wir die Landwirte in Hessen und darüber hinaus, weiterhin auf gentechnisch veränderte Lebensmittel zu verzichten“. Aktuelle Umfragen belegen, dass die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Lebensmitteln generell ablehnen. Die Risiken für Mensch und Natur, die beim landwirtschaftlichen Einsatz der Gentechnik entstünden, seien derzeit nicht abschätzbar. „Ungeachtet der öffentlichen Meinung und der fehlenden wissenschaftlichen Bewertung gibt auch die EU derzeit wieder GMO zum Anbau frei“. Die Zulassung der Maissorte 1507 sei hierfür ein aktuelles Beispiel.

Umweltministerin Priska Hinz und die Landesregierung haben ihren Einfluss geltend gemacht, dass GMO auch zukünftig nicht angebaut werden können. Hierfür wurde die Bundesregierung bereits am 11.4.2014 vom Bundesrat aufgefordert, eine nationale Opt-Out-Klausel zu verhandeln. Eine solche Klausel würde es den EU-Mitgliedsstaaten ermöglichen, den Anbau von GMO, zum Beispiel die Maissorte 1507, auf dem eigenen Territorium zu untersagen. „Ich freue mich, dass sich die Bundestagsfraktionen von Union und SPD aktuell auf einen Ausstieg aus der Agrotechnik verständigt haben und die Bundesregierung in einem Antrag auffordern, sich auf EU-Ebene für ein nationales Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen einzusetzen. Scheinbar hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass man nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung agieren sollte“, so die Ministerin abschließend.